

# EUROPAS SUPERWAHLJAHR 2015

## ACHT WAHLEN UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DIE EU

Jörg Haas | *Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Jacques Delors Institut – Berlin*

Nicole Koenig | *Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Jacques Delors Institut – Berlin*

---

### ZUSAMMENFASSUNG

Die Wahlen in Griechenland Anfang 2015 versetzten die EU in Aufruhr. Doch dies war erst der Auftakt eines europäischen Superwahljahrs, in dem in acht weiteren EU-Mitgliedstaaten mit insgesamt 175 Millionen Einwohnern gewählt wird. Dieses Policy Paper untersucht mögliche Implikationen für die EU und für die Stabilisierungsbemühungen in der Eurozone.

#### 1. Austeritäts skeptiker im Süden

In Spanien und Portugal spielt die Austeritätsdebatte eine wichtige Rolle, doch eine uniforme „mediterrane Rebellion“ gegen die Sparpolitik ist derzeit unwahrscheinlich. Ein Schwenk hin zu einer expansiveren Fiskalpolitik scheint in Portugal am wahrscheinlichsten.

#### 2. Austeritätsfalken im Nordosten

In Estland und Finnland deutet vieles auf eine Bestätigung der bisherigen Sparpolitik hin. Euroskeptische Kräfte könnten in beiden Ländern leichte Zugewinne im Vergleich zur Europawahl verzeichnen.

#### 3. Im Osten nichts Neues

Polen und Kroatien sollten ihren EU-Kurs beibehalten. Ein Machtwechsel in Warschau hin zu einer euroskeptischen Regierung erscheint momentan (noch) unwahrscheinlich. Obwohl der Sparkurs den EU-Enthusiasmus in Kroatien gedämpft hat, ist ein Abweichen auch unter einer neuen Regierung nicht zu erwarten.

#### 4. Der Nordwesten auf dem Absprung?

In Großbritannien und Dänemark könnten euroskeptische Politikinhaltete Teil des neuen Regierungsprogramms werden. Ein Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU liegt im Bereich des Möglichen und könnte euroskeptische Kräfte in Dänemark und weiteren Mitgliedsstaaten stärken.

#### 5. Bedenkliche Trends, aber kein Erdbeben

Die Wahlprognosen lassen zwei mittelfristige Trends erkennen, welche die weitere europäische Zusammenarbeit erschweren könnten:

- eine Verfestigung des Grabens zwischen einem austeritäts skeptischen Süden und den Austeritätsfalken im Norden sowie
- eine Verstärkung euroskeptischer Wahlerfolge auf nationaler Ebene.

## INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	3
<b>1. Austeritäts skeptiker im Süden</b>	<b>4</b>
1.1. Portugal: Moderate Rebellion?	4
1.2. Spanien: Kein griechisches Szenario	5
<b>2. Austeritätsfalken im Nordosten</b>	<b>6</b>
2.1. Estland: Kein Land für Konjunkturpakete	6
2.2. Finnland: Harte Austerität und konstanter Euroskeptizismus	7
<b>3. Im Osten nichts Neues</b>	<b>8</b>
3.1. Polen: Macht- und Kurswechsel eher unwahrscheinlich	8
3.2. Kroatien: Regierungswechsel ohne Politikwechsel?	9
<b>4. Der Nordwesten auf dem Absprung?</b>	<b>10</b>
4.1. Großbritannien: Die Zitterpartie	10
4.2. Dänemark: Führungswechsel im blauen Block?	12
SCHLUSSFOLGERUNG: BEDENKLICHE TRENDS, ABER KEIN ERDBEBEN	14
QUELENNACHWEISE	15
ZU DEN GLEICHEN THEMEN...	16

## EINLEITUNG

Die Wahl in Griechenland am 25. Januar hat gezeigt, wie leicht Ereignisse in einem einzelnen Land die gesamte Europäische Union (EU) in Aufruhr versetzen können. Die Debatte um Sparpolitik („Austerität“) und Solidarität ist in ganz Europa erneut aufgeflammt und befeuert Populismus und Euroskeptizismus. Doch der griechische Urnengang war lediglich der Auftakt für das Superwahljahr 2015. In acht weiteren EU-Mitgliedsstaaten mit insgesamt 175 Millionen Einwohnern wird dieses Jahr gewählt.

Welche Konsequenzen können diese Wahlen für die EU als Ganzes und für die Stabilisierungsbemühungen in der Eurozone haben? Um diese Frage zu beantworten, analysieren wir auf der Basis aktueller Umfragen, wie sich die innenpolitischen Kräfteverhältnisse in den einzelnen Mitgliedstaaten verschieben könnten und zeigen mögliche Implikationen für die europäische Zusammenarbeit auf.<sup>1</sup>

Wir beginnen mit den „Austeritätsskeptikern“ im Süden. Danach sehen wir uns die „Austeritätsfalken“ im Nordosten an. In einer dritten Kategorie besprechen wir die zu erwartende Konstanz im Osten Europas. Der letzte Teil widmet sich den Wahlen in Großbritannien: Ist ein „Brexit“ wahrscheinlich? Könnte sich Dänemark bei den Briten „anstecken“?

Es sei vorab gesagt, dass es sich bei unserer Analyse in manchen Fällen um eine Momentaufnahme handelt. Einige der Wahlen finden erst Ende des Jahres statt und unterliegen daher nicht nur den Unwägbarkeiten des Wahlkampfs, sondern auch unvorhersehbaren inneren und äußeren Entwicklungen.

**TABELLE 1** ▶ Superwahljahr 2015 – Termine und Bedeutung

DATUM	LAND	ART DER WAHL	BEDEUTUNG DER WAHL FÜR DIE EU
1. März	Estland	Parlamentswahl	Bestätigung Austeritätskurs
19. April	Finnland	Parlamentswahl	Anti-Bailout (Die Finnen)
7. Mai	Großbritannien	Parlamentswahl	Euroskeptizismus/ Referendum EU-Mitgliedschaft (Tories, UKIP)
10. Mai	Polen	Präsidentschaftswahl	Euroskeptizismus
Spätestens 14. September	Dänemark	Parlamentswahl	Euroskeptizismus/ Referendum EU-Mitgliedschaft (Dänische Volkspartei)
20. September - 11. Oktober	Portugal	Parlamentswahl	Austerität vs. Solidarität
Oktober	Polen	Parlamentswahl	Euroskeptizismus (Recht und Gerechtigkeit)
20. Dezember	Spanien	Parlamentswahl	Austeritätsskeptizismus (Podemos)
Winter 2015/16	Kroatien	Parlamentswahl	Austerität vs. Flexibilität

Quelle: Eigene Darstellung

1. Dieses Policy Paper geht aus einer [Blog-Reihe](#) hervor, welche die Autoren zwischen dem 25. Februar und dem 12. März 2015 veröffentlicht haben:

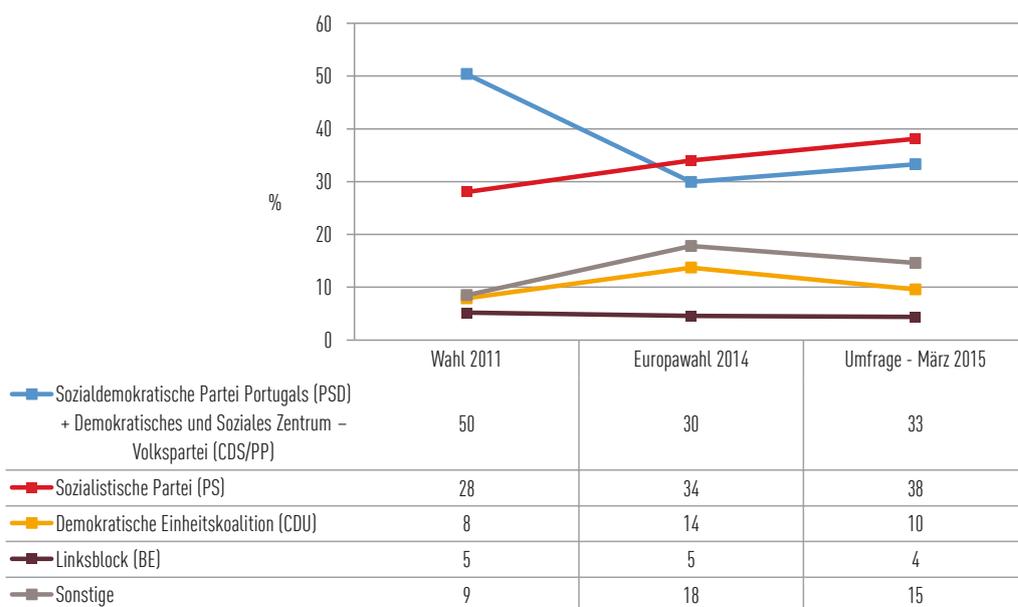
# 1. Austeritätsskeptiker im Süden

Bei den Wahlen in Portugal und Spanien steht der europäische Austeritätsskurs im Zentrum der Debatte. In beiden Ländern ist ein deutlicher Machtzuwachs der „Austeritätsskeptiker“ zu erwarten, doch würde sich daraus nach dem derzeitigen Stand nicht zwangsläufig ein radikaler Politikwechsel ergeben.

## 1.1. Portugal: Moderate Rebellion?

Die Parlamentswahlen in Portugal zwischen dem 20. September und dem 11. Oktober stellen den europäischen Sparkurs erneut auf die Probe. Es sind die ersten Parlamentswahlen, seit das Land die Europartner im Frühjahr 2011 um Hilfskredite bitten musste. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass die bürgerlich-konservative Koalition unter Ministerpräsident Pedro Passos Coelho (PSD und CDS/PP) für den Sparkurs der vergangenen Jahre abgestraft wird. Umfragen zufolge könnten die Regierungsparteien im Vergleich zu den letzten nationalen Wahlen etwa 17% ihrer Stimmen einbüßen.

ABBILDUNG 1 ► Wahlen in Portugal – Ergebnisse und Prognosen



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Wikipedia; Europäisches Parlament; Eurosondagem (Erhebungszeitraum 05.-10. März 2015)

Die wiederholten Mahnungen von Passos Coelho an die neue griechische Regierung, sich an die Vereinbarungen des Hilfsprogramms zu halten, haben die portugiesische Gesellschaft gespalten. In einem offenen Brief vom 13. Februar 2015 forderten ihn 32 prominente Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft dazu auf, größere Solidarität mit Griechenland zu zeigen und sich vom harten Sparkurs abzuwenden<sup>2</sup>. Passos Coelho scheint jedoch auf Kurs zu bleiben mit dem Hinweis, kein anderes Land habe Griechenland bisher so sehr geholfen wie Portugal.

Der Gewinner der Wahl im Herbst könnte somit der Chef der Sozialisten, Antonio Costa, sein. In Umfragen führt seine Partei die Liste mit über 38% an. Costa wertete den Wahlausgang in Griechenland als klares Zeichen, dass die Sparpolitik in Europa am Ende sei. Von ihm wäre eine Kurskorrektur in Sachen Austerität zu erwarten. Seine Partei gilt als gemäßigt und dementsprechend wären Forderungen nach einem Schuldenerlass

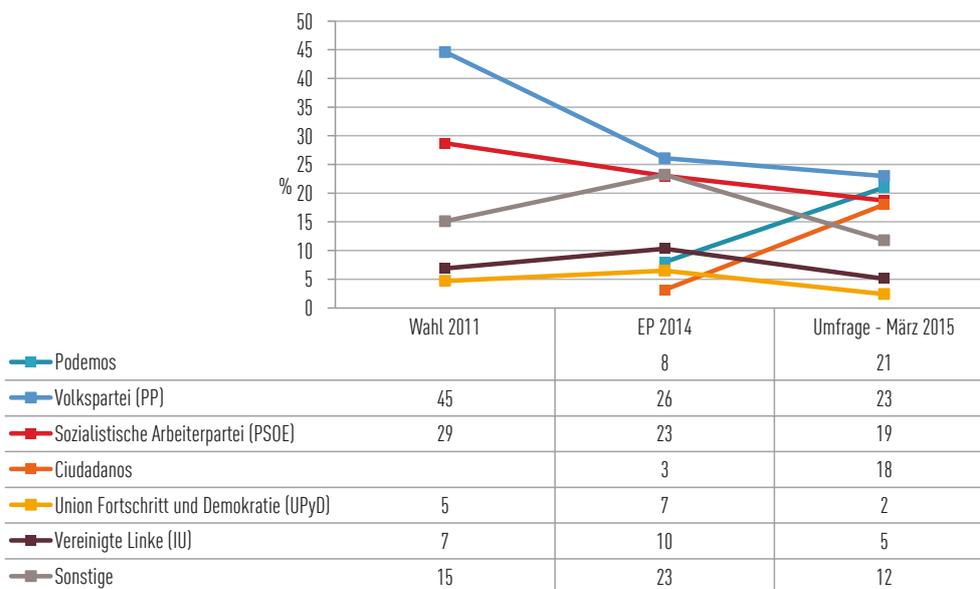
2. Negocios online, "Carta de 32 figuras pede a Passos Coelho para mudar posição sobre a Grécia e rever austeridade", 12. Februar 2015.

nach Syriza-Beispiel nicht wahrscheinlich.. Costa stellte jedoch klar, dass er Griechenland nicht isolieren wolle und dass er sich dafür einsetzen werde, dass Europa sich stärker um die „soziale Katastrophe“ in Ländern wie Griechenland, Portugal und Spanien kümmert. Ein Ministerpräsident Costa könnte somit ein wichtiger Verbündeter in einer potenziellen Koalition von Krisenländern gegen einen Sparkurs „à la Schäuble“ sein.

## 1.2. Spanien: Kein griechisches Szenario

Der vorerst wichtigste Wahltermin für die Währungsunion könnte der Urnengang in Spanien am 20. Dezember sein. War die spanische Politik lange Zeit durch die linke PSOE und die konservative PP dominiert, so ist den beiden etablierten Parteien in den Jahren der Rezession massive Konkurrenz erwachsen. Im linken Lager ist insbesondere die euroskeptische Partei Podemos zu nennen, die durch den Syriza-Wahlsieg in Griechenland neuen Schwung erhalten hat. Wie Syriza drängt auch Podemos auf eine Abkehr vom derzeitigen Sparkurs der PP-Regierung unter Premier Mariano Rajoy. Gleichzeitig dokumentieren jüngste Umfragen einen kometenhaften Aufstieg der zentristischen Partei *Ciudadanos*, die sich einer Reform des Wahl- und Parteiensystems verschrieben hat und insbesondere konservative Wähler anzuziehen scheint. Momentan befinden sich die vier Parteien nahezu auf Augenhöhe. Eine Koalitionsregierung scheint unvermeidlich, obwohl sich die Frage nach der mittelfristigen Stabilität der beiden Neulinge stellt.

ABBILDUNG 2 ► Wahlen in Spanien – Ergebnisse und Prognosen



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Wikipedia; Europäisches Parlament; Simple Logica (Erhebungszeitraum 2.-13.3.)

Das Szenario in Spanien weist frappierende Parallelen zu Griechenland auf: der rapide Machtverlust der traditionell dominierenden Parteien, insbesondere der PSOE, und der Aufstieg einer radikalen Alternative. Der Ausgang der Debatte um einen griechischen Schuldenerlass hat daher eine besondere Signalwirkung. In diesem Zusammenhang ist es wenig erstaunlich, dass sich Premierminister Mariano Rajoy gegen jede Form des Schuldenschnitts ausspricht und betont, man könne nicht nach jeder Wahl die Spielregeln ändern. Seine konservative PP hofft, durch eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Monate zu beweisen, dass ihre Sparpolitik letztendlich wachstumsfördernd ist.

Im Falle eines Regierungswechsels wäre eine radikale Abkehr vom Sparkurs keineswegs sicher. Die Koalitionsverhandlungen würden sich nachzeitigem Stand äußerst schwierig gestalten. Inhaltlich bestehen in Bezug auf die Wirtschaftspolitik Schnittmengen zwischen Podemos und den spanischen Sozialisten (PSOE), doch die beiden Parteien führen einen bitteren und emotional aufgeladenen Kampf um die Wählerstimmen links der Mitte. Der wichtigste Unterschied zwischen Spanien und Griechenland könnte in der *Ciudadanos*-Partei

bestehen, die durch ihre Anknüpfungspunkte zu mehreren Parteien das Potenzial zum Königsmacher besitzt. Sie steht für einen „dritten Weg“ zwischen Syriza und Austerität, der kompatibel mit einer allmählichen Umorientierung der europäischen Wirtschaftspolitik sein könnte.

## 2. Austeritätsfalken im Nordosten

Im Nordosten Europas wählen 2015 zwei Länder, die für ihre scharfe Sparpolitik und ihre Kritik an Euro-Rettungspaketen bekannt sind. Bestätigt sich der aktuelle Stand, ist für die nächsten vier Jahre mit fortgesetztem, möglicherweise sogar verstärktem, Widerstand gegen die Stützung von EU-Krisenstaaten zu rechnen.

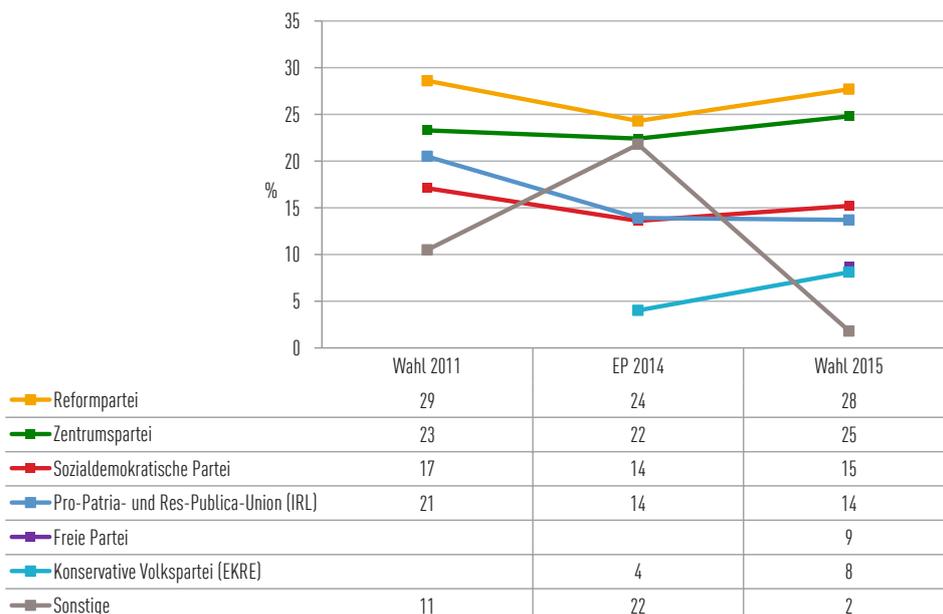
### 2.1. Estland: Kein Land für Konjunkturpakete

Estland wählte am 1. März 2015 eine Fortsetzung der bisherigen Politik mit nur leichten Veränderungen. Die liberale *Reformpartei* konnte sich als stärkste Kraft behaupten. Angesichts der Stimmenverluste ihres sozialdemokratischen Koalitionspartners wird sie jedoch ein Bündnis mit weiteren Parteien eingehen müssen.

Klarer Verlierer der Wahl ist die konservative IRL. Auch die *Zentrumspartei*, die für eine stärker expansive Fiskalpolitik eingetreten war, enttäuschte trotz leichter Stimmengewinne durch einen zweiten Platz nach anfänglich vielversprechenden Umfragewerten. Sie ist aufgrund ihres polarisierenden Führers, Edgar Sansivaar, politisch isoliert. Sowohl die *Sozialdemokraten* als auch die *Reformpartei* schließen eine Koalition mit Sansivaar aus.

Der neu gegründeten liberalen *Freien Partei* gelang ein überaus erfolgreicher Auftakt in der estnischen Politik. Die rechte euroskeptische EKRE, die sich gegen eine weitere Unterstützung der europäischen Krisenstaaten ausspricht, konnte ihre Stimmengewinne aus der Europawahl leicht ausbauen, ist aber noch immer die kleinste im Parlament vertretene Partei.

ABBILDUNG 3 ▶ Wahlen in Estland – Ergebnisse und Prognosen



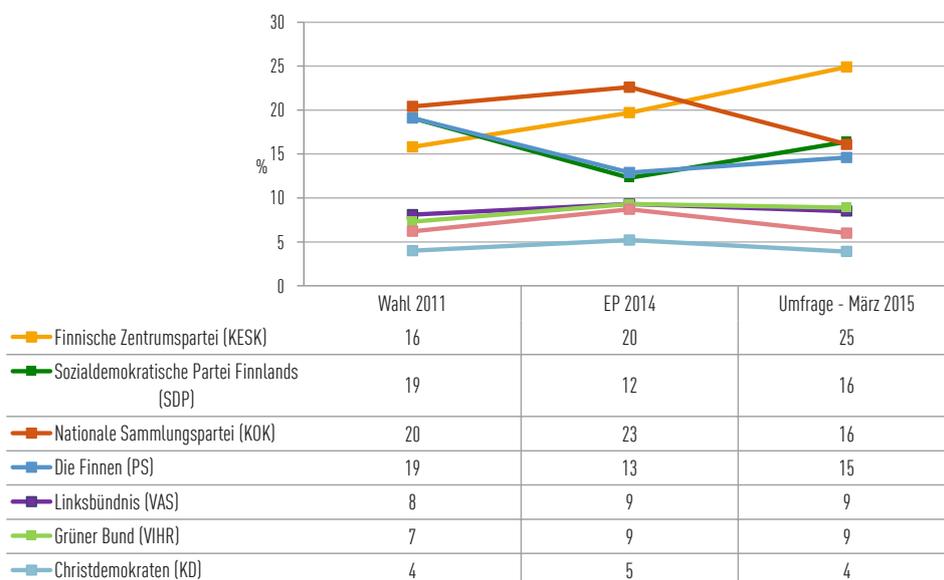
Quelle: Eigene Darstellung basierend auf [Wikipedia](#); [Europäisches Parlament](#); [Estnische Wahlkommission](#)

Im Gespräch ist derzeit eine Dreierkoalition der *Reformpartei* mit der IRL und den *Sozialdemokraten*. Eine Allianz aus *Reformpartei* und IRL regierte in der Krisenzeit von 2009 bis 2011 und prägte den Ruf des kleinen baltischen Staats als Vertreter einer strengen Sparpolitik. Die Haltung der neuen Regierung zu Sparpolitik und Euro-Rettungsprogrammen sollte daher nach der Regierungsbildung weitgehend unverändert bleiben.

## 2.2. Finnland: Harte Austerität und konstanter Euroskeptizismus

Am 19. April werden die Finnen über die Neuverteilung der 200 Parlamentssitze abstimmen. Umfragen zufolge wird die bäuerlich-liberale Zentrumspartei, die momentan in der Opposition sitzt, mit 24,9% der Stimmen die stärkste Kraft werden. Die amtierende Koalition, bestehend aus der Nationalen Sammlungspartei, den *Sozialdemokraten*, dem *Grünen Bund*, der *Schwedischen Volkspartei* und den *Christdemokraten*, könnte eine knappe Mehrheit der Stimmen erzielen. Eine Neuaufgabe ist allerdings unwahrscheinlich, da finnische Politiker im Hinblick auf die politische Handlungsfähigkeit eine kleinere Koalition anstreben<sup>3</sup>.

ABBILDUNG 4 ► Wahlen in Finnland – Ergebnisse und Prognosen



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Wikipedia; Europäisches Parlament; Taloustutkimus (Erhebungszeitraum 25. Februar-19. März 2015)

Die rechtspopulistische und euroskeptische Partei *Die Finnen* (zuvor *Wahre Finnen*) wird laut Umfragen mit ca. 15% viertstärkste Kraft. Damit würden sie hinter den Wahlerfolg von 2011 zurückfallen. Dieser beruhte vor allem auf der klaren Positionierung als Anti-Bailout-Partei. Nach der Wahl 2011 wurden die *Wahren Finnen* von der Nationalen Sammlungspartei zu Koalitionsverhandlungen eingeladen. Allerdings scheiterten diese aufgrund der Unvereinbarkeit der jeweiligen EU-Positionen. Mittlerweise haben die *Finnen* ihren euroskeptischen Kurs abgeschwächt, um ihre Chancen auf Regierungsbeteiligung zu steigern. 2014 hatte der Vorsitzende der *Finnen* angekündigt, dass er Teil der nächsten Regierung sein will<sup>4</sup>. Ob die Beteiligung der umstrittenen Partei für die anderen größeren Parteien zur Option wird, bleibt abzuwarten.

Die wirtschaftliche Lage Finnlands wird den Wahlkampf weiterhin dominieren. Seit 2008 hat sich die Staatsverschuldung Finnlands fast verdoppelt und das BIP bleibt hinter dem Niveau von 2008 zurück. Die großen finnischen Parteien geben darauf geschlossen eine Antwort: zusätzliche Sparmaßnahmen. Was dies für die gesamteuropäische Debatte bedeutet, ließ sich am harten finnischen Austeritätskurs in den Verhandlungen

3. Corinne Deloy, "The Centre Party due to win the next general elections in Finland", Fondation Robert Schuman, 24. März 2015.

4. Yle, "Soini: I want to join next government", 6. September 2014.

zur Verlängerung des griechischen Hilfspakets ablesen. Finnland hat das Lager der „Austeritätsfalken“ in den vergangenen Jahren angeführt und wird dies voraussichtlich auch nach den Wahlen weiter tun.

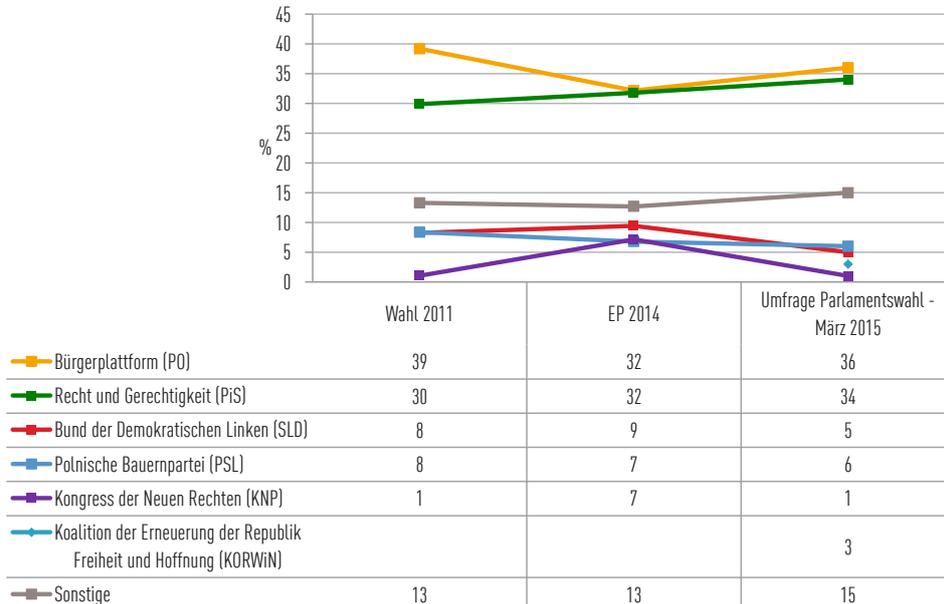
### 3. Im Osten nichts Neues

Auch im Osten der EU geht es 2015 an die Urnen. Die Polen wählen im Frühling und Herbst einen neuen Präsidenten und ein neues Parlament. In Kroatien wird im Winter eine neue Volksvertretung gewählt. Derzeit sieht es in keinem der beiden Länder nach einem Kurswechsel in Sachen EU-Politik oder Euro-Beitrittsbestrebungen aus.

#### 3.1. Polen: Macht- und Kurswechsel eher unwahrscheinlich

Bei der Präsidentschaftswahl in Polen am 10. Mai stehen sich im Wesentlichen zwei Kandidaten gegenüber: der amtierende Präsident Bronisław Komorowski, der von der liberal-konservativen *Bürgerplattform* (PO) unterstützt wird, und der Europaabgeordnete Andrzej Duda von der nationalkonservativen Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS). Neuere Umfragen deuten auf einen eindeutigen Wahlsieg von Komorowski hin, der seit Jahren der beliebteste Politiker Polens ist<sup>5</sup>. Er gilt als pro-europäisch.

ABBILDUNG 5 ▶ Wahlen in Polen – Ergebnisse und Prognosen



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Wikipedia; Europäisches Parlament; TNS Poland (Erhebungszeitraum 10.-11. März 2015)

Bei der Parlamentswahl im Oktober sind die Aussichten gemischter. In aktuellen Umfragen liefern sich die von der amtierenden Ministerpräsidentin Ewa Kopacz geführte PO und die vom ehemaligen Ministerpräsidenten (2006-2007) Jarosław Kaczyński geführte PiS ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Kopacz liegt in den meisten Umfragen knapp vorn<sup>6</sup>.

5. Wikipedia, "Polish presidential election, 2015 – Opinion polls".

6. Wikipedia, "Polish parliamentary election, 2015 – opinion polls".

Auch wenn EU-Themen bei der Parlamentswahl eher im Hintergrund stehen sollten, könnte der Eurozonen-Beitritt zum Thema werden. Komorowski hatte 2014 eine Diskussion über einen baldigen Beitritt angeregt. Er begründete die Dringlichkeit des Dossiers unter anderem damit, dass Polen vor dem Hintergrund der von Russland ausgehenden Bedrohung durch einen Eurozonen-Beitritt politisch mehr Gewicht und wirtschaftlich eine größere Absicherung erlangen könnte<sup>7</sup>. Seine Parteikollegin, Ministerpräsidentin Kopacz, äußerte sich vorsichtiger und machte einen Beitritt von zwei Voraussetzungen abhängig: eine stabile Eurozone und eine starke polnische Wirtschaft. Die PiS hingegen hat in der Vergangenheit ein Referendum über den Beitritt gefordert. Vor dem Hintergrund, dass derzeit nur etwa ein Viertel der Polen die Gemeinschaftswährung befürworten, käme dies einer Absage gleich<sup>8</sup>.

Unabhängig davon müsste Polen ohnehin erst die Konvergenzkriterien erfüllen. Außerdem bedarf es für einen Eurozonen-Beitritt einer Verfassungsänderung. Diese erfordert eine Zwei-Drittel-Mehrheit im *Sejm*, die es weder bei den jetzigen, noch bei den prognostizierten Kräfteverhältnissen gibt.

Obwohl sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen PO und PiS abzeichnet, erscheint eine PiS-geführte Regierung derzeit eher unwahrscheinlich. Das liegt daran, dass es keinen ernstzunehmenden Koalitionspartner gibt. Sollte es doch zu einem Machtwechsel kommen, würde Polens Eurobeitritt in noch weitere Ferne rücken. Eine PiS-geführte Regierung wäre generell kein einfacher Partner im europäischen Kontext. Kaczyński kündigte nach der letzten Parlamentswahl an, dass er Warschau bei einem künftigen Wahlerfolg zu einem neuen Budapest nach dem „Modell Orbán“ machen wolle<sup>9</sup>. Darüber hinaus sind PiS und Kaczyński für ihre kritische Haltung Deutschland gegenüber bekannt.

### 3.2. Kroatien: Regierungswechsel ohne Politikwechsel?

In Kroatien wird im Winter 2015/16 gewählt. Das Land befindet sich seit sechs Jahren in der Rezession. Austeritätsmaßnahmen haben den EU-Enthusiasmus des Landes gedämpft und die Umfragewerte der regierenden linken „Kukuriku“-Koalition gedrückt. Es ist jedoch kein plötzliches Erstarken euroskeptischer Parteien zu beobachten.

Von der Schwäche der Regierung scheint hauptsächlich das Bündnis der konservativen HDZ zu profitieren, deren Kandidatin, Kolinda Grabar-Kitarović, Ende Dezember 2014 knapp die kroatische Präsidentschaftswahl gewann. Aktuelle Umfragen sehen die HDZ, die von 2008-10 erfolglos mit antizyklischer Fiskalpolitik gegen die Krise ankämpfte, deutlich in Führung.<sup>10</sup> Wie viel fiskalische Flexibilität eine neue Regierung angesichts der drückenden Schulden und eines laufenden Defizitverfahrens der EU-Kommission tatsächlich hätte, steht dagegen auf einem anderen Blatt geschrieben. Bislang gibt es keine Hinweise, dass sich die HDZ gegen die europäischen Haushaltsregeln auflehnen würde.

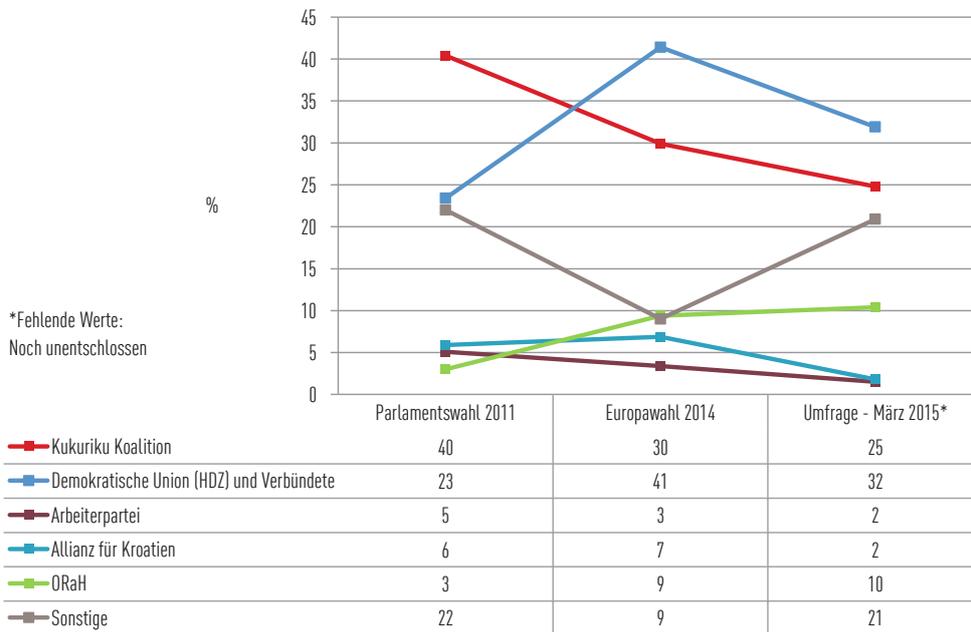
7. Grzegorz Osiecki, „Komorowski chce do strefy euro. Rząd boi się potknąć przed wyborami“, GazetaPrawna.pl, 24. September 2014.

8. Deutsche Wirtschaftsnachrichten, „Deutliche Mehrheit für den Złoty: Polen wollen den Euro nicht“, 18. Dezember 2014.

9. Siehe Zakowiecki, „Budapest in Warsaw?“, 13. September 2012.

10. Ipsos pulse für Nova TV Crobarometer, „HDZ i dalje ispred SDP-a“, 25. Februar 2015.

ABBILDUNG 6 ► Wahlen in Kroatien – Ergebnisse und Prognosen



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Wikipedia; Europäisches Parlament; Ipsos Puls (Erhebungszeitraum 01.-15. März 2015)

## 4. Der Nordwesten auf dem Absprung?

Seit der Europawahl im Mai 2014 wird über den Ausgang der diesjährigen Wahlen in Großbritannien und Dänemark spekuliert. In beiden Mitgliedsstaaten lagen euroskeptische bzw. europhobe Parteien mit jeweils 26,6% der Stimmen vorn<sup>11</sup>. Dieses Jahr sind weitere euroskeptische Erfolge zu erwarten. Die Kernfrage ist, ob die moderaten Euroskeptiker in Großbritannien an der Macht bleiben und den ersten Schritt in Richtung „Brexit“ tun. Ein solches Szenario würde dem euroskeptischen Lager in Dänemark sicherlich weitere Argumente liefern.

### 4.1. Großbritannien: Die Zitterpartie

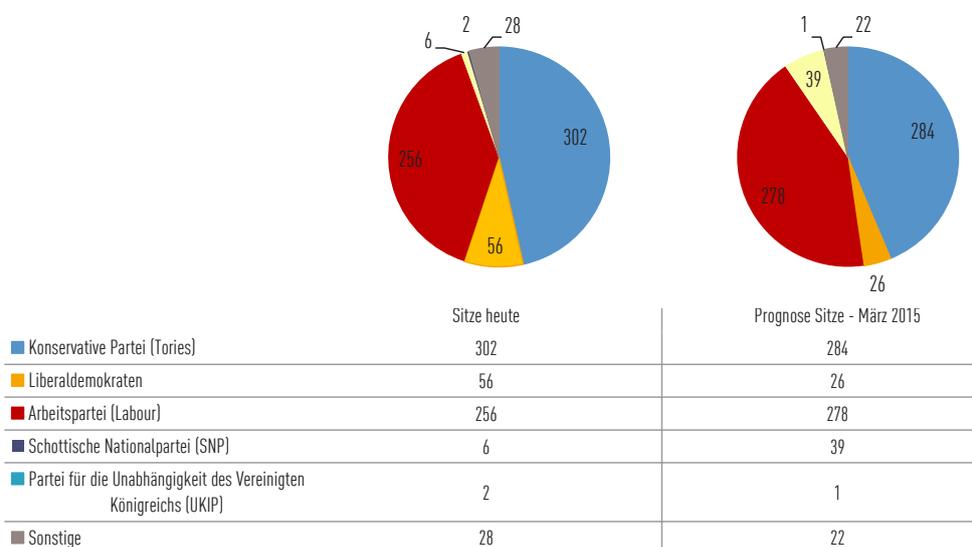
Der Ausgang der britischen Unterhauswahlen am 7. Mai 2015 ist so ungewiss wie nie zuvor. In Umfragen liefern sich die *Tories* und *Labour* seit einiger Zeit ein Kopf-an-Kopf-Rennen<sup>12</sup>. Beide Parteien liegen momentan bei 32-35% der Stimmen. Ihnen werden jeweils etwa 260 bis 290 Sitze zugeschrieben, womit sie die absolute Mehrheit von 326 Sitzen verfehlen würden.

Was die Sitzverteilung betrifft, sollte der Gewinner der kommenden Wahl die schottische SNP sein, die sich vor allem im vergangenen Jahr aktiv für ein unabhängiges Schottland eingesetzt hat. Umfragen zufolge könnte sie ihre Sitzanzahl mehr als versechsfachen und auf 39 Abgeordnete kommen. Die größten Verlierer der Wahl dürften die *Liberaldemokraten* sein, die seit 2010 in einer Koalition mit den *Tories* regieren. Ihnen droht eine Halbierung der 56 Sitze.

11. Yves Bertoncini und Nicole Koenig, „Euroskeptizismus oder Europhobie: zwischen Widerspruch und Austritt“, Policy Paper no. 121, Jacques Delors Institut - Berlin, November 2014.

12. Wikipedia, „Opinion polling for the 2015 United Kingdom general election“.

ABBILDUNG 7 ► Großbritannien – effektive und erwartete Sitzverteilung



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Hanretty et al. (Stand: 25. März 2015)

Die europahobe Partei UKIP, die sich für einen EU-Austritt stark macht, liegt in Umfragen durchschnittlich bei 12-16% und sollte drittstärkste Kraft werden. Dies ist ein großer Sprung von lediglich 3,1% bei den Wahlen im Jahr 2010. Doch da das britische *first-past-the-post* System kleinere Parteien benachteiligt, sollte sich das Ergebnis nur marginal in der Sitzverteilung niederschlagen. Je nach Umfrage werden UKIP zwischen einem und sechs Sitzen zugeschrieben.

Selbst in Koalition mit den *Liberaldemokraten* könnten nach aktuellen Prognosen weder *Labour* noch die *Tories* die absolute Mehrheit erreichen. Darüber hinaus hat sich David Cameron gegen eine erneute Koalition ausgesprochen und würde gegebenenfalls eine Minderheitsregierung anstreben. Da der *Labour*-Vorsitzende Ed Miliband eine Koalition mit der SNP vorerst ausgeschlossen hat, stehen auch hier die Zeichen auf Minderheitsregierung<sup>13</sup>. Dies eröffnet die Möglichkeit informeller Bündnisse („confidence and supply“), wobei kleinere Parteien die Minderheitsregierung bei Abstimmungen von Fall zu Fall unterstützten. Denkbar wäre beispielsweise, dass die SNP *Labour* informell unterstützt, um eine *Tory*-Regierung zu verhindern.

Die Wahrscheinlichkeit eines „Brexit“ hängt maßgeblich vom Ausgang der Wahl ab. Wenn *Labour* an die Macht kommt, sollte es kein Referendum geben, sofern keine weiteren Kompetenzen an Brüssel abgegeben werden. Die *Tories* haben dagegen angekündigt, im Falle eines Wahlsieges die Mitgliedschaftsbedingungen neu zu verhandeln und spätestens bis Ende 2017 einen Volksentscheid über die EU-Mitgliedschaft zu organisieren. Hierzu müssten sie zunächst ein verbindliches Referendumsgesetz durchs Parlament bringen. Ein Entwurf wurde im Juli letzten Jahres eingebracht<sup>14</sup>. Unter der prognostizierten Sitzverteilung fände sich hierfür keine Mehrheit. Das Blatt könnte sich allerdings durch Verhandlungsgeschick der Tories und mangelnde Parteidisziplin bei *Labour* wenden.

Auch wenn das Gesetz beschlossen würde, wäre der Ausgang des Referendums ungewiss. Umfragen zeigen, dass sich die Anzahl der Befürworter und Gegner eines Austritts seit Jahren die Waage hält<sup>15</sup>. Sofern die Neuverhandlung der Mitgliedschaftsbedingungen in Aussicht gestellt wird, steht eine solide Mehrheit einer weiteren EU-Mitgliedschaft positiv gegenüber.

13. BBC, „Ed Miliband rules out SNP coalition after election“, 16. März 2015.

14. House of Commons, „European Union (Referendum) Bill 2014-15“, 2 July 2014.

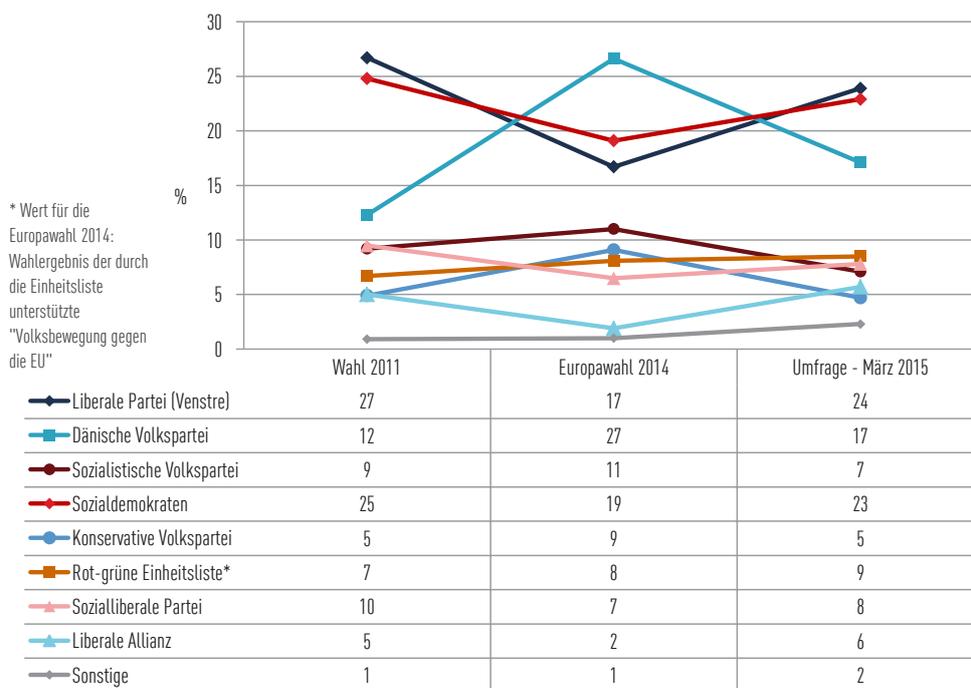
15. Wikipedia, „Proposed referendum on United Kingdom membership of the European Union – opinion polling“.

In Anbetracht dieser Hürden schätzt der euroskeptische Think Tank *Open Europe* die Wahrscheinlichkeit eines britischen Austritts momentan auf nur 17%<sup>16</sup>. Angesichts der Unwägbarkeiten des Wahlkampfes und der Verhandlungen ist es jedoch denkbar, dass sich das Blatt noch wendet.

## 4.2. Dänemark: Führungswechsel im blauen Block?

Die dänische Parlamentswahl wird spätestens am 14. September stattfinden. Derzeit regiert eine Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und Sozialliberalen, die von weiteren Parteien aus dem linksgerichteten „roten Block“ (im Diagramm in Rottönen gekennzeichnet) toleriert wird. Ihr steht der konservative „blaue Block“ (im Diagramm Blautöne) gegenüber, in den letzten Jahren dominiert von der liberalen Venstre. Obwohl die Regierung mit wachsender Unbeliebtheit zu kämpfen hat, gelingt es *Venstre* bislang nicht, davon zu profitieren. Stattdessen ist ihr innerhalb des blauen Blocks Konkurrenz erwachsen: Nach aktuellen Umfragen ist ein starkes Abschneiden der europhoben rechten *Dänischen Volkspartei* zu erwarten<sup>17</sup>. Die europhobe Partei im roten Block, die *rot-grüne Einheitsliste*, stagniert dagegen.

ABBILDUNG 8 ► Wahlen in Dänemark – Ergebnisse und Prognosen



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf [Wikipedia](#); [Europäisches Parlament](#); [Voxmeter \(Erhebungszeitraum 16.-22. März 2015\)](#)

Da das rechte Lager gespalten ist, ist eine konservative Regierung nur mit Unterstützung der *Dänischen Volkspartei* wahrscheinlich. Dänemark hat einige Erfahrung mit einem solchen Modell. Minderheitsregierungen, die von ideologisch ähnlich gesinnten Parteien unterstützt werden, kommen häufig zum Einsatz. Auch die indirekte Beteiligung einer europhoben Partei an Politikentscheidungen ist kein Novum und müsste nicht zu einem radikalen Politikwechsel führen. Zwischen 2001 und 2011 tolerierte die Dänische Volkspartei eine „blaue“ Minderheitsregierung aus *Venstre* und der Konservativen Volkspartei und setzte einige kontroverse Maßnahmen wie verstärkte Grenzkontrollen durch, ohne dabei die Europapolitik systematisch zu torpedieren.

16. Open Europe, "Brexit Barometer", 17. März 2015.

17. Voxmeter für Ritzau, "Sådan vil vælgerne stemme i dag", 23. März 2015.

Sollte die Dänische Volkspartei jedoch stärkste Partei werden, würden sich vollkommen neue Fragen stellen: Würde *Venstre* einer Koalition als Juniorpartner beitreten? Wäre gar ein europhober Premierminister vorstellbar? Ein solcher Wahlausgang würde Dänemark in der europäischen Reformdebatte klar an der Seite eines *Tory*-geführten Großbritanniens positionieren. Für den Fall eines britischen Austritts-Referendums hat die Dänische Volkspartei bereits eine ähnliche Volksabstimmung für das eigene Land gefordert.

Andererseits könnte eine linke Regierung das Land in eine vollkommen andere Richtung lenken. Premierministerin Thorning-Schmidt hat angekündigt, im Falle eines sozialdemokratischen Wahlsieges das Volk über eine stärkere Einbindung Dänemarks in die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit der EU abstimmen zu lassen.

Auch wenn der Einfluss europhiler Kräfte im „blauen“ Block und euroskeptischer Kräfte im „roten“ Block nicht unterschätzt werden darf: Die dänische Parlamentswahl könnte eine Signalwirkung für die Reformbemühungen der EU entfalten, insbesondere in Zusammenhang mit dem Urnengang in Großbritannien.

## SCHLUSSFOLGERUNG: BEDENKLICHE TRENDS, ABER KEIN ERDBEBEN

Nach dem derzeitigen Stand der Umfragen und Wahlergebnisse ergibt sich für das europäische Superwahljahr ein sehr gemischtes Bild. Insgesamt lassen sich jedoch zwei überlappende Trends ablesen:

Erstens verfestigt sich der Graben zwischen einem austeritätsskeptischen Süden und den Austeritätsfalken im Norden, obwohl sich dies noch nicht überall in Regierungswechseln niederschlägt. Die Austeritätsdebatte spielt in Spanien und Portugal eine wichtige Rolle. Eine uniforme „mediterrane Rebellion“ gegen die Sparpolitik ist derzeit aber unwahrscheinlich. Ein Schwenk hin zu einer expansiveren Fiskalpolitik ist am ehesten in Portugal zu erwarten, obwohl (oder gerade weil) dort das etablierte Parteiensystem weiterexistiert. Derweil hält man im Norden und Osten der EU weiterhin am harten Sparkurs fest. Dies gilt vor allem für Estland und Finnland, die sich in der Vergangenheit als Austeritätsfalken profiliert haben. Bei Kroatien ist der Sparkurs eher den europäischen Budgetregeln geschuldet. Die Verstetigung der unterschiedlichen Sichtweisen auf die Haushaltspolitik kann nicht nur die Verhandlungen über Antworten auf die aktuelle Krise erschweren, sondern auch die zukünftige Koordination der europäischen Wirtschaftspolitik erschweren.

Zweitens setzen sich die Erfolge euroskeptischer Parteien bei der Europawahl 2014 auch auf nationaler Ebene fort. Rechtsgerichtete Euroskeptiker und Europhobiker sind auf dem Vormarsch in Finnland, Großbritannien und Dänemark. Dagegen können linksgerichtete Euroskeptiker nach dem Sieg von Syriza in Griechenland nur in Spanien auf weitere Erfolge hoffen. Vor allem in Großbritannien und Dänemark könnten euroskeptische Politikinhaltete Teil des neuen Regierungsprogramms werden. Denkbar wäre eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern, die EU-Reformforderungen im Sinne der Euroskeptiker mehr Schlagkraft verleiht. Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios ist jedoch angesichts der knappen Umfrageergebnisse schwer abzuschätzen. Falls die Tories die nächste Regierung führen, wird sich die Zitterpartie um Großbritanniens Verbleib in der EU noch um Monate ziehen. Sowohl die erfolgreiche Neuverhandlung der Mitgliedschaftsbedingungen als auch ein Brexit könnte euroskeptischen Kräften in der ganzen EU neue und relevante Argumente liefern und Desintegrationstendenzen verstärken.

Nach der Europawahl 2014 war oft die Rede von einem euroskeptischen Erdbeben, dass die EU von innen heraus auflöst<sup>18</sup>. Oben beschriebene Trends wie die Nord-Süd-Teilung in der Austeritätsdebatte oder der fortgesetzte Aufstieg euroskeptischer Kräfte sind tatsächlich besorgniserregend. Sollten sie sich in den Wahlergebnissen niederschlagen, könnten sie die Handlungsfähigkeit der EU und die Funktionsfähigkeit der Eurozone weiter schwächen. Allerdings scheint der Umschwung weniger radikal auszufallen als zwischenzeitlich befürchtet.

18. Siehe zum Beispiel: BBC, „Euroseptic ‘earthquake’ rocks EU elections“, News Europe, 26. Mai 2014.

## QUELENNACHWEISE

BBC, "[Ed Miliband rules out SNP coalition after election](#)", 16. März 2015.

Yves Bertoncini und Nicole Koenig, "[Euroskeptizismus oder Europhobie: zwischen Widerspruch und Austritt](#)", *Policy Paper no. 121*, Jacques Delors Institut - Berlin, November 2014.

Corinne Deloy, "[The Centre Party due to win the next general elections in Finland](#)", Fondation Robert Schuman, 24. März 2015.

Deutsche Wirtschaftsnachrichten, "[Deutliche Mehrheit für den Zloty: Polen wollen den Euro nicht](#)", 18. Dezember 2014.

Europäisches Parlament, "[Results of the 2014 European elections: Croatia](#)", 22. September 2014.

Europäisches Parlament, "[Results of the 2014 European elections: Denmark](#)", 22. September 2014.

Europäisches Parlament, "[Results of the 2014 European elections: Estonia](#)", 25. Juni 2014.

Europäisches Parlament, "[Results of the 2014 European elections: Finland](#)", 22. September 2014.

Europäisches Parlament, "[Results of the 2014 European elections: Poland](#)", 22. September 2014.

Europäisches Parlament, "[Results of the 2014 European elections: Portugal](#)", 22. September 2014.

Europäisches Parlament, "[Results of the 2014 European elections: Spain](#)", 25. September 2014.

Eurosondagem für Expresso/SIC, "[Umfrage Parlamentswahl](#)", 12. März 2015.

Chris Hanretty, Benjamin Lauderdale und Nick Vivyan, "[2015 UK Parliamentary Election Forecast](#)", März 2015.

House of Commons, "[European Union \(Referendum\) Bill 2014-15](#)", 2 July 2014.

Ipsos pulse für Nova TV Crobarometer, "[HDZ i dalje ispred SDP-a](#)", 25. Februar 2015.

Negocios online, "[Carta de 32 figuras pede a Passos Coelho para mudar posição sobre a Grécia e rever austeridade](#)", 12. Februar 2015.

Open Europe, "[Brexit Barometer](#)", 17. März 2015.

Grzegorz Osiecki, "[Komorowski chce do strefy euro. Rząd boi się potknąć przed wyborami](#)", *GazetaPrawna.pl*, 24. September 2014.

Simple Lógica, "[Intención de voto y valoración de líderes políticos](#)", 20. März 2015.

TNS Poland, "[Sondaż TNS Polska: 36 proc. dla PO, 34 proc. dla PiS](#)", 13. März 2015.

Vabariigi Valimiskomisjon, "[Hääletamis- ja valimistulemus hetkeseisuga](#)", 11. März 2015.

Voxmeter für Ritzau, "[Sådan vil vælgerne stemme i dag](#)", 23. März 2015.

Wikipedia, "[Croatian parliamentary election, 2011](#)".

Wikipedia, "[Estonian parliamentary election, 2011](#)".

Wikipedia, "[Danish parliamentary election, 2011](#)".

Wikipedia, "[Finnish parliamentary election, 2011](#)".

Wikipedia, "[Opinion polling for the 2015 United Kingdom general election](#)".

Wikipedia, "[Parlamentswahl in Portugal 2011](#)".

Wikipedia, "[Proposed referendum on United Kingdom membership of the European Union – opinion polling](#)".

Wikipedia, "[Spanish general election, 2011](#)".

Wikipedia, "[Polish parliamentary election, 2011](#)".

Wikipedia, "[Polish presidential election, 2015 – Opinion polls](#)".

Yle Uutiset / Taloustutkimus, "[SDP:llä ja kokoomuksella tiukka kisa kakkossijasta – epävarmoja äänestäjiä paljon](#)", 20. März 2015.

Yle, "[Soini: I want to join next government](#)", 6. September 2014.

Zakowiecki, "[Budapest in Warsaw?](#)", 13. September 2012.

Zu den gleichen Themen...

**CAMERON: TAKING A GAMBLE ON EUROPE**

Alain Dauvergne, *Policy Paper no. 129*, Jacques Delors Institute, April 2015

**TSIPRAS IS NOT MIDAS: A BREAK IN CONTINUITY?**

Yves Bertoncini, *Tribune*, Jacques Delors Institute, January 2015

**EUROSKEPTIZISMUS ODER EUROPHOBIE: ZWISCHEN WIDERSPRUCH UND AUSTRITT**

Yves Bertoncini und Nicole Koenig, *Policy Paper no. 121*, Jacques Delors Institut – Berlin, November 2014

**THE EU AND REFERENDA ON INDEPENDENCE: A LEAP IN THE DARK?**

Yves Bertoncini, *Tribune*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, September 2014

**EUROPEAN ELECTIONS: THE ABSTENTION TRAP**

Yves Bertoncini, *Policy Paper no. 110*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, May 2014

**GERMANY AND THE EU : A NEW CYCLE?**

Yves Bertoncini, Jacques Delors and António Vitorino, *Tribune – Viewpoint*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, September 2013

**EUROPE AT THE POLLS. LESSONS FROM THE 2013 ITALIAN ELECTIONS**

Yves Bertoncini, *Policy Paper no. 92*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, May 2013

Herausgeber: Prof. Dr. Henrik Enderlein • Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder • Alle Rechte vorbehalten • Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe zulässig • Originalversion © Jacques Delors Institut - Berlin, 2015.



Hertie School  
of Governance

Pariser Platz 6, D - 10117 Berlin  
19 rue de Milan, F - 75009 Paris  
office@delorsinstitut.de  
www.delorsinstitut.de

